

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Dienstag
10. März 1925

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Derwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhoff 2506-2507

Der demokratische Vorschlag.

Kühle Aufnahme.

Herr Jarres ist von der Deutschen Volkspartei nominiert aber der Voebell-Ausschuss ist noch nicht einig darüber, ob er auf den Schild erhoben wird oder ein anderer. Es ist wohl nicht zu erwarten, daß aus dem Konflikt dieses Ausschusses ein anderer Name hervorgehen wird, aber das Zögern, das Hin und Her von Behauptungen und Dementis läßt vermuten, daß die nach außen zur Schau getragene Einigkeit einer wirklichen inneren Einigkeit nicht entspricht. Die Bayerische Volkspartei nimmt sich viel Zeit, noch wartet man auf die Entscheidung des Zentrums. Vielleicht spielen noch andere Pläne und Absichten eine Rolle. Jedenfalls geht die Kandidatur Jarres bisher unter der Firma: die verhinderte Kärmerung.

Die Demokraten haben auf ihren Vorschlag, Herrn Dr. Simons als Sammelkandidaten aufzustellen, in der Presse der Rechten Antworten erhalten, die sie wohl nicht erwartet haben. Die „Deutsche Zeitung“ poltert grob los:

„Wäre der demokratische Ueberrumpelungsversuch nicht so lächerlich in seiner dreisten Raivität, dann könnte man in ihm so etwa einen kleinen Staatsstreich sehen, wie ihn die Demokraten verstehen mögen; immer hübsch auf Hintersüßchen und mit Hilfe parlamentarischer Mittelchen, die ja nicht ganz einwandfrei zu sein brauchen.“

Nicht minder scharf ist die „Nationalpost“:

„So ist aber die Kandidatur Simons nichts als Angsterzeugnis, nichts als der schleunige, wenig vorbedachte Versuch, in letzter Stunde aus einer heillos verfahrenen Lage mit Anstand herauszukommen. Die Deutschnationalen haben nicht die geringste Veranlassung, der Linken die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Reichsgerichtspräsident Dr. Simons ist gewiß ein Mann von untadeliger Ehrenhaftigkeit und zweifelsfreier Vaterlandsliebe. Doch er steht deutschnationalen Anschauungen und Zielen so fern, daß unsere Partei ihn niemals auf den Schild erheben könnte.“

Die Presse des Herr Hugenberg möchte die Demokraten schon im Voebell-Ausschuss begrüßen als Glied der bürgerlichen Klassenfront gegen die Sozialdemokratie. Die „Zeit“ aber läßt die Demokraten als Antwort auf ihren Vorschlag höflich ein für Jarres stimmen:

„Wenn die Deutschdemokratische Partei Wert darauf legt, eine Zusammenfassung aller staatsbefehlenden Kräfte herbeizuführen, so wird man ihr nur empfehlen können, sich auch ihrerseits diesem Ausschuss anzuschließen und ihm ihre Anregungen zu unterbreiten. Der Ausschuss selbst hat bisher, was kein Geheimnis mehr ist, Herrn Dr. Jarres als geeigneten Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl auszuwählen. Der Parteivorstand der D. Vp. hat ohne Debatte der Kandidatur des Herrn Jarres für den Fall seiner Aufstellung einmütig zugestimmt. Wir stimmen mit der Deutschdemokratischen Partei in der Würdigung für die Persönlichkeit des Herrn Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons überein. Bei einer Gegenüberstellung der beiden Persönlichkeiten machen wir aber kein Hehl daraus, daß wir in der Persönlichkeit des Herrn Dr. Jarres die Vertretung des Reiches, soweit sie in den Händen des Reichspräsidenten liegt, außerordentlich gut gewahrt sehen würden. Wir glauben daher auch kaum, daß die

in dem sogenannten Voebellschen Ausschuss vereinigten Parteien von ihrer bisherigen Stellungnahme in der Personenfrage abgehen dürften, jedoch sind wir überzeugt, daß jede Mitarbeit und Mitwirkung weiterer bürgerlicher, staatsbejahender Kreise vom Ausschuss sehr begrüßt werden kann.“

Immerhin hat der Vorschlag der Demokraten ein Gutes gehabt. Er hat dazu geführt, daß die Rechte zeigt, was sie will. Sie will einen Mann, der den Deutschnationalen mindestens nahesteht. Das ist Herr Jarres. Sie will eine Person, die eine Vertörfperung der bürgerlichen Klassenfront gegen die Arbeiterschaft ist. Das ist Herr Jarres. Sie will einen Reichspräsidenten, der nicht von republikanischer, sondern von reaktionärer Gesinnung befeelt ist. Das ist Herr Jarres.

Bei der Erörterung der ernsthaften Kandidaturen wird man von Herrn Thälmann von der kommunistischen Partei nicht reden. Diese Kandidatur vollzieht sich außerhalb des politischen Ernstes — sowohl dem Gewicht seiner Partei als dem seiner Person nach.

Otto Braun ist der Kandidat der Sozialdemokratie, der Kandidat des arbeitenden Volkes aus allen Schichten. Er ist der republikanische Staatsmann, dessen Arbeit für die Republik ihm die Sympathie der Republikaner zuwendet.

Das Reichsbanner und die Präsidentenwahl.

Magdeburg, 10. März. (M.T.B.) Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat beschlossen, den Bundesvorsitzenden Oberpräsident Hörning nach Berlin zu entsenden, um dort mit den Vorständen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten die Möglichkeit einer gemeinsamen republikanischen Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl zu besprechen.

Die Bayerische Volkspartei hält sich den Rücken frei

Die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei stellt fest, daß die Partei bisher noch keine Richtung Entschlüsse zur Reichspräsidentenwahl gefaßt habe. Ihre Entscheidung könne erst am nächsten Sonnabend fallen, da an diesem Tage der Bundesausschuss der Partei in München zusammentrete.

Judiskretion oder Falschmeldung?

Gestern wurde die Nachricht kategorisch dementiert, daß der Voebell-Ausschuss die Nominierung des Präsidentschaftskandidaten der Rechtsparteien durch General von Seekt verordnen lassen wollte. Die Nachricht stammt aus dem „Jungdeutschen“, dem Subener Organ des Jungdeutschen Ordens, der im Voebell-Ausschuss Sitz und Stimme hat. Es kann sich also nicht um eine reine Sensationsmeldung oder um eine unbegründete Irreführung handeln. Die dementierte Meldung wird die Absichten gewisser Kreise in dem Konflikt der Rechten widerspiegeln, das Dementi den mangelnden Willen Seekts, sich für diese Absichten gebrauchten zu lassen.

zu kontrollieren und zu beeinflussen. Der Freiherr v. Forstner arbeitet hinter den Kulissen, Lütgebrune ist Akteur an der Rampe. Die deutschnationale Sache wird immer klarer und durchsichtiger.

Daran ändert auch nichts die heute vor Eintritt in die Verhandlung abgegebene laarmoyante Erklärung der Verteidigung, sie wolle nicht den Menschen Ebert treffen, sondern den politischen Führer der Sozialdemokratie und sie bedauere deshalb, daß der Tod des Reichspräsidenten es notwendig mache, den Prozeß auch ohne ihn weiterzuführen. Es gelte, die gefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie aufzuheben, damit — Deutschland wieder ein Rechtsstaat werde!

Das war eine weinerlich vorgetragene, im Ton der Entschuldigung gehaltene Erklärung, die einen Augenblick lang die Vermutung aufkommen ließ, als ob sich bei den Deutschnationalen das Gewissen zu regen begäbe, angesichts des Unheils, das ihre Heße angerichtet hat. Aber nur einen Augenblick — dann steht die Deutschnationale Partei wieder in unverhüllter Frage da, bereit, auch noch das Andenken eines großen Toten durch die Gasse zu ziehen.

Die heutige Vormittagsitzung wurde fast ganz ausgefüllt mit der Verlesung des Urteils des Bemeradorff-Gerichts, eine überflüssige Formalität, denn das Urteil ist jedem Prozeßbeteiligten schriftlich übergeben. Aber es muß noch der Strafprozeßordnung stundenlang verlesen werden, bis endlich ein Aulalmen der Erleichterung durch den Saal geht.

Die Nordschleswiger Gemeindevahlen ergaben in Tingleff 3 Dänen, 2 Sozialdemokraten und 4 Deutschbürgerliche; in Sonderburg 3 Dänen, 2 Sozialdemokraten und 4 Deutschbürgerliche. Bei der Folkethingwahl waren in Tingleff 250 deutsche Stimmen abgegeben, bei der Gemeindevahl 306. In Sonderburg wurden 5 Deutschbürgerliche, 8 Dänen und 6 Sozialdemokraten; in Bügum-Kloster 5 Dänen, 3 Deutschbürgerliche und 1 Sozialdemokrat; in Hoyer 8 Deutschbürgerliche, 2 Dänen und 1 Sozialdemokrat gewählt. Die Deutschbürgerlichen haben fast überall Gewinne auf Kosten der bürgerlichen Dänen zu verzeichnen.

Der Kampf der Eisenbahner.

Die Hauptverwaltung der Reichsbahn hat am Montag die Berliner Presse bitten lassen, doch um Himmels willen nicht zu viel über die Streikbewegung zu schreiben; denn das stärke nur die Streikstimmung unter dem Eisenbahnerpersonal. Gleichzeitig bemüht sich die Reichsbahnleitung, der Öffentlichkeit einzureden, daß die Streikbewegung schon da und dort abbrockele, ja im großen und ganzen schon so gut wie stillstehe.

Die Reichsbahnleitung weiß nur zu gut, daß die Eisenbahner bei allem Unmut, bei aller Gereiztheit keine blinden Draufgänger sind. Die Eisenbahner befolgen genau die Weisungen ihrer Organisationen und diese werden ihre Entscheidung morgen treffen. Wie die ausfallen wird, darüber kann ein Zweifel nicht bestehen.

Es herrschen in der Reichsbahn heute Zustände, die einfach nicht länger ertragen werden können. Durch den Erlaß der Dienstverordnung vom 21. Dezember 1923 erfolgte eine Änderung der Dienstbauvorschriften für das Betriebs- und Verkehrspersonal in der Weise, daß die Arbeitszeit bis zu 10 Stunden im Tag oder 260 Stunden im Monat und die Dienstsicht bis zu 16 Stunden pro Arbeitstag ausgedehnt wurde. Unter dem Druck der Gewerkschaften gab es dann im Juni vorigen Jahres einige kleine Milderungen. Es kam mit Rücksicht auf die damalige Kollage der Reichsbahn zu einer Sondervereinbarung, die selbstverständlich gekündigt werden mußte, sobald sich die Wirtschaftslage der Reichsbahn sichtlich gebessert hatte. Diese Kündigung erfolgte Ende Januar, nachdem die Gratifikationen für die oberen Beamten und die Korruptionszulage gezeigt hatten, daß es der Reichsbahn nicht gerade schlecht geht.

Was forderten die Eisenbahner? Festsetzung der Arbeitszeit in der Personalordnung und den Dienstbauvorschriften auf 8 Stunden pro Tag. Sofortige Durchführung des Achtstundentages in den Werkstätten und überall dort, wo intensive Arbeit verlangt oder das Personal unter besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit tätig ist; entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit des übrigen Personals. Außertrafsetzung der DDB für das im Werkstättendienst und bei selbständigen Güterböden beschäftigte Personal mit entsprechender Verbesserung der Dienstbauvorschriften. Regelung der Dienstbau des Fährschiffspersonals nach den vorstehenden Grundsätzen.

Sollen die skandalösen Arbeitszeitverhältnisse bei der Reichsbahn verewigt werden? Durch die sogenannte wissenschaftliche Betriebsführung und das Gedingeverfahren wird mit der Arbeitskraft ein unerträglicher Raubbau getrieben. Die Reichsbahn nimmt heute eine bis ins kleinste gehende scharfe Ermittlung der Arbeitszeit, der Arbeitsunterbrechungen usw. in jedem einzelnen Falle, manchmal sogar durch Stoppuhr vor. Die Folge des Raubbaues sind steigende Krankheits- und Unfallsziffern. Sie sprechen eine eindringliche Sprache. So betrug z. B. der Krankenstand anfangs Januar im Bezirk Berlin 9 Proz. Die Betriebsunfälle haben, wie die Hauptverwaltung selbst zugibt, 1924 wesentlich zugenommen. Nach einer Mitteilung der Hauptverwaltung wurden in den Monaten April bis November des letzten Jahres 626 Bedienstete gegen 513 Bedienstete im Vorjahr, also 113 Personen mehr, als verletzt gemeldet. Die Ermüdungsgrenze liegt weit unter der Schichtdauer, die den Eisenbahnern zugemutet wird, und daß die jetzt bestehende Arbeitszeitregelung zu einer Senkung der Gesamtleistung führen muß, liegt auf der Hand. Die amtlich festgestellte Steigerung der Betriebsunsfälle zeigt der Deutlichkeit ganz klar, daß durch die mit largem Lohn verbundene lange Arbeitsfront des Personals die Betriebssicherheit, die Sicherheit der Fahrgäste gefährdet wird.

Die Hauptverwaltung der Reichsbahn behauptet fortgesetzt in ihren Kundgebungen an die Presse, daß der Lohn der Eisenbahner über den Lohn der Arbeiter der Privatindustrie liege. Nun beträgt in Berlin der Handwerkerlohn einschließlich der Ortszulage 70 Pf. die Stunde, wozu noch Sozialzulagen für Verheiratete kommen. Ein verheirateter gelernter Arbeiter mit 2 Kindern erhält demnach 79 Pf. die Stunde. Ungelernte Arbeiter haben einen Stundenlohn von 54 Pf. Die Behauptung der Reichsbahnverwaltung, die Löhne der Eisenbahner lägen über denen in der Privatindustrie, ist also falsch. Die Löhne in den Provinzen liegen aber ganz erheblich unter denen, die in Berlin gezahlt werden. Der Durchschnittslohn der Eisenbahner in Ortsklasse A beträgt für die Handwerker 58 Pf. die Stunde für die ungelerten Arbeiter 45 Pf. Von diesen Löhnen sind jedoch noch 17 Proz. Soziallasten in Abzug zu bringen.

Daß die Löhne gänzlich unzureichend sind, wird niemand ernsthaft bestreiten können. Es liegt auf der Hand, wie es angesichts dieser Löhne und der Arbeitszeit, die nicht nur weit über das erträgliche Maß hinausgeht, sondern auch weit über der Arbeitszeit in der Privatindustrie liegt, wirken mußte, daß die Hauptverwaltung der Reichsbahn den leitenden Beamten und den Mitgliedern des Verwaltungsrats Zulagen bzw. Jahresgehälter bewilligte, die das Vielfache eines Jahreseinkommens eines Eisenbahners betragen, während man nachher sich außerstande erklärte, die Löhne der Eisenbahner um einige Pfennige aufzubessern.

Die große Masse der Eisenbahner hat in bewundernswürdiger Disziplin gewartet, bis die immer wieder hinausgeschobenen Verhandlungen beendet sind. Die Eisenbahner

Auftakt in Magdeburg.

Der Beleidigungsprozeß Ebert-Rothardt.

Magdeburg, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) Wieder einmal wird im Schwurgerichtssaal in Magdeburg die Weltgeschichte nachzuprüfen versucht. Die Berufungskammer hat den ganzen Komplex des Verfahrens noch einmal zu durchleuchten, das vor dem Beyeradorff-Schöffengericht im Dezember geführt wurde. Als Angeklagte erschienen wieder der unverantwortliche Verantwortliche eines Stahlfabrikanten, jetziger „Produktist“ Rothardt. Er ist vom Schöffengericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er dem Reichspräsidenten Ebert den Vorwurf des Landesverrats gemacht hat. Das Schöffengericht hat diesen Vorwurf als beleidigend angesehen, trotzdem aber als seine Ansicht festgelegt: Ebert habe durch seine Befehlsgewalt an der Leitung des Munitionsarbeiterstreiks „in juristischem Sinne“ tatsächlich Landesverrat verübt, wenn auch vom politischen und moralischen Standpunkt aus die Sache anders beurteilt werden könne.

Diese Zweifelpolitik hat sowohl die Staatsanwaltschaft und den beleidigten Reichspräsidenten wie den Angeklagten veranlaßt, Berufung einzulegen, um von einem anderen Gericht eine Beurteilung zu fordern.

Er der neuen Verhandlung fehlen die beiden Vertreter des Reklamlagers, die Rechtsanwälte Heins und Landsberg. Durch den allzu frühen Tod des von nationalen Sudsparteien beschimpften und niedergelegten Reichspräsidenten ist ihr Mandat hinfällig geworden. Die Klage wird nur noch von der Staatsanwaltschaft vertreten. Dafür ist aber neu im Gerichtssaal erschienen der Rechtsanwalt Lütgebrune-Göttingen. Dieser ist einer der juristischen Säulen der Deutschnationalen Partei und hat auch schon mehrfach Rechtsputtschiffen vor dem Staatsgerichtshof verteidigt. Augenscheinlich will die Deutschnationale Partei durch Hinzuziehung dieses ihres Prominenten betunden, daß sie den Prozeß jetzt auch offiziell zu ihrer Partisache machen will, nachdem sie ihn bisher nur inoffiziell beeinflusst hat. Bei der ersten Verhandlung hatten die deutschnationalen Verteidiger entrüstet bestritten, daß hinter ihnen irgendeine Partei stände. Jetzt ist Lütgebrune da, um seine unzulänglichen Kollegen aus Magdeburg

stehen auch heute noch Gewehr bei Fuß in der Erwartung des Beschlusses, der morgen gefaßt wird. Die Reichsregierung hat kostbare Tage ungenützt verstreichen lassen. Der Reichstag hat sich gestern Montag mit den Forderungen der Eisenbahner beschäftigt, und im Verkehrsausschuß wird heute darüber verhandelt. Das Reichsarbeitsministerium, dessen Zuständigkeit selbst die Hauptverwaltung der Reichsbahn jetzt anerkannt hat, ist immer noch in völliger Unfähigkeit. Ist es ihm vielleicht von der Schwerindustrie verboten, einzugreifen, ehe es zu spät ist?

Verhandlung im Reichstag.

Der Reichsarbeitsminister will eingreifen.

Der Verkehrsausschuß des Reichstages beschloß sich heute mit dem Eisenbahnerstreik. Die Erklärungen der Regierungsvertreter waren lediglich eine Bestätigung der von ihnen in der Presse gegebenen „Aufklärungen“. Demgegenüber stellte Genosse Bender die Ursachen fest, die zum Streik führten. Die Behauptung der Reichsbahnverwaltung, daß die Löhne der Eisenbahner erheblich über den Löhnen der Industriearbeiter lägen, sei falsch. Auch in den östlichen Bezirken Deutschlands sei das der Fall, in Mitteldeutschland und im Westen läge es aber umgekehrt. Drei Pfennige Lohnerhöhung für die Stunde gefährde unsere Wirtschaft nicht. Die Arbeiter seien aber empört darüber, daß die Regierung zweierlei Lohn- und Gehaltspolitik betreibt. Die Regierung ist den Beamten in der Gehaltsfrage weiter entgegengekommen als den Arbeitern in der Lohnfrage. Die Bezüge der Beamten der Gruppe XIII haben seit dem 1. Dezember 1923 eine Erhöhung ihrer Bezüge um 128 Proz., die der unteren Beamten um 74 Proz. erfahren. Dagegen wurden die Bezüge der Arbeiter nur um 60 Proz. erhöht. Die Teuerung sei im letzten Jahre andauernd gestiegen. Die Reichsmark habe aber nur eine Kaufkraft von 60 Proz. der Friedensmark. Die Nominallöhne der Eisenbahner lägen nur ein Geringes über den Friedenslöhnen, also tatsächlich weit darunter. Der Streik der Eisenbahner steht erst am Anfang. Möge die Regierung dafür sorgen, daß durch die Bewilligung der bescheidenen Forderung der Eisenbahner das Feuer, das erst im Glimmen ist, gelöscht wird, bevor es zur Flamme wird.

In der weiteren Aussprache beteiligten sich noch der Abg. Roenen, der im wesentlichen die Ausführungen des Genossen Bender unterstützte. Der Abg. Schumann und Genossen beantragten, das Reichsarbeitsministerium zu ersuchen, in dem Lohnkonflikt zwischen der Reichsbahn A. G. und ihrer Arbeiter von seinem Rechte und der Schlichtungsordnung Gebrauch zu machen. Dazu gab ein Vertreter des Arbeitsministers die Erklärung ab, daß der Minister bereits zu Donnerstag Verhandlungen zwischen den Parteien angefaßt habe. („Schon“ zu Donnerstag!)

Koch-Düsseldorf und Bruhn (Dnat.) bestritten das Recht des Ausschusses, in den Streik aktiv eingreifen und verlangten angesichts der Erklärung des Arbeitsministers die Vertagung des Ausschusses.

Ein auf politischen Bauernfang hinauslaufender Antrag der Kommunisten, von dem sie behaupteten, er vertrete die gewerkschaftlichen Forderungen, wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Es wurde beschlossen, das Ergebnis der stattfindenden Verhandlungen abzuwarten, das Vorgehen des Arbeitsministers zu billigen und die weitere Aussprache zu vertagen.

Bürgerblock-Arbeit.

Der Abbau des Mieterschutzes.

Der Wohnungsausschuß des Reichstages beschloß gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten, die Reichsregierung zu ersuchen, bis zum 30. April 1925 im Reichstag einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Reichsmietengesetzes, des Mieterschutzgesetzes und des Wohnungsmangelgesetzes nach den Richtlinien des Reichswirtschaftsrates und den im Reichstag und seinem Ausschuß gefällten Anträgen vorzunehmen. Ministerialdirektor Ritter erklärte, daß die Regierung mit den Länderregierungen in Kürze über die Wohnungsfrage beraten

werde, in dem Sinne des allmählichen Abbaues des Mieterschutzes, der Verteilung der Mittel auf die Gemeinden, die Wohnungsbedarf haben, und der Bekämpfung des Wohnungsmangels.

Der Ausschuß beschloß, einen gemeinsam übereinstimmenden Beschluß im Haushaltsausschuß wegen der Hauszinssteuer in Höhe von 20 v. H. herbeizuführen.

Die „Rote Fahne“ freigegeben.

Mit Rücksicht auf die Wahlbewegung.

Die „Rote Fahne“ teilt heute morgen mit, daß der Minister des Innern Severing mit Rücksicht auf das nahe Bedorfen des Wahltermins das Verbot der „Roten Fahne“ abgetürzt habe. Die „Rote Fahne“ besitzt die Redaktion, hinzuzufügen, daß diese Freigabe „weniger auf die Wahlfreiheit als auf die Proteste der Betriebe“ zurückzuführen sei. Vielleicht führt die „Rote Fahne“ mal den Betrieb in natura vor, in dem die Arbeiter in ihrer Mehrheit sich für dieses Schmutzblatt engagieren! In der gleichen Nummer, in der mitgeteilt wird, daß Severing die „Rote Fahne“ freigegeben hat, steht eine schöne Zeichnung mit der Unterschrift: „Severing eröffnet den Wahlkampf“. Zwei Schupoteute knebeln dabei die „Rote Fahne“!

Damit es an Humor nicht fehle, leitet Ruth Fischer über den Bankrott der Sozialdemokratie. Das Thema ist ein bißchen abgeleiert, aber Glaube macht schließlich fest. Wohl dem, der blind glaubt, ohne zu sehen, wie die Reichen der R.P.D. sich ununterbrochen lichten.

Umbildung des Hamburger Senats.

Hamburg, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Hamburger Senat hat, in der Voraussetzung, daß das Protokoll der Verhandlungen der neuen Koalition (Sozialdemokraten, Demokraten, Volkspartei) von den Vertretern der Fraktionen unterzeichnet wird, in einer Sitzung am Montag beschlossen, in seiner Gesamtheit zurückzutreten und gleichzeitig einen Dringlichkeitsantrag an die Bürgerschaft zu richten, das Senatsgesetz entsprechend den Vereinbarungen zu ändern und den verfassungsmäßig vorgehenden Ausschuß zur Vorbildung der Neuwahl des Senats einzusetzen. Es ist vorgesehen, daß der Wahlausschuß, der nur formell die im Protokoll bereits festgestellten Namen zu bestätigen hat, bereits am morgigen Mittwoch zusammentritt und die Senatswahl am Mittwoch, den 18. März, erfolgen soll. Bis zu diesem Zeitpunkt hat der bisherige Senat die Geschäfte weiterzuführen wie bisher. Wie wir hören, sind die Vereinbarungen der Koalitionsparteien in den gleichzeitig stattfindenden Fraktions-sitzungen der drei Parteien bestätigt und die Unterzeichnung der Abmachungen beschlossen worden, womit die Beschlüsse des Senats wirksam sind.

Der deutsche Garantievorschlag.

Man verlangt vorher Beitritt zum Völkerbund.

Paris, 10. März. (W.B.) Der belgische Außenminister Hymans erklärte nach Beendigung der Unterredung mit Herriot einem Vertreter des „Matin“, man möge der Zusammenkunft übertriebene Bedeutung nicht beimessen. Hymans habe, so fährt „Matin“ fort, Herriot klar ausgesprochen, daß er die deutschen Garantievorschläge für inopportün halte. Deutschland möge erst in den Völkerbund eintreten, dann könne man diskutieren. Das sei das einzige Mittel, den Vertrag zu retten. Da aber das Deutsche Reich erst im September anlässlich der Vollversammlung des Völkerbundes aufgenommen werden könne, habe man es nicht eilig. Was die Oststaaten betreffe, so solle Hymans die Ansicht Herriots, Polen habe allein über die Politik zu entscheiden, die es beschreiben wolle. Frankreich und Belgien würden dann im Einverständnis mit ihm handeln. Hymans und Herriot hätten sich dahin verständigt, über die Entwaffnung Deutschlands und die Räumung der Kölner Zone erst dann zu urteilen, wenn der neue Bericht des Marschalls Hoch vorliege.

London, 10. März. (W.B.) Der Sonderberichterstatter der „Daily News“ in Genf meldet, Chamberlain habe mit aller

Deutlichkeit zu erkennen gegeben, daß er an eine auf das deutsche Angebot gegründete Vereinbarung denke. Was über seine Unterredung mit Herriot vom Sonnabend verlautete, mache klar, daß sie mehr Schwierigkeiten aufgeworfen als beseitigt habe. — Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erklärt die Nachricht, daß Chamberlain bereits in der einen oder anderen Art einem Pakt zugestimmt habe, für unbegründet. Wie verlautete, sei die belgische Haltung gegenüber den deutschen Vorschlägen vorsichtig, aber keineswegs ablehnend. Belgien befinde sich nicht in derselben schwierigen Lage wie Frankreich wegen seiner östlichen Alliierten, so daß das Hauptinteresse der Belgier in einer Garantie durch Großbritannien liege, sei es mit oder ohne gegenseitige Garantie Deutschlands, die, wie zugegeben werde, von moralischem Vorteil sein könnte. — Der Genfer Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erzählt, wenn Chamberlain seine Erklärung über das Genfer Protokoll abgebe, werde der

Völkerbundrat eine Note an Deutschland

veröffentlichen, die sich auf den Vorschlag Deutschlands bezieht, sich Frankreich, Belgien, England und Italien in einem Garantiepakt anzuschließen. Im Völkerbund sei man der Ansicht, es werde unmöglich sein, mit irgendeinem Pakt vorwärts zu kommen, solange Deutschland außerhalb des Völkerbundes stehe. Die gesamte Arbeit des Völkerbundes für Schiedsgericht, Sicherheit und Abrüstung werde durch Fernbleiben Deutschlands vom Völkerbundrat aufgehalten. Das werde zweifellos auch der wichtigste Teil der Erklärungen Chamberlains sein, die für Donnerstag erwartet werden.

Polen und der Sicherheitspakt.

Erklärungen des Außenministers Strzyski.

Paris, 10. März. (W.B.) Der polnische Außenminister Strzyski hat dem Genfer Haasvertreter erklärt, seine Pariser Unterredung mit Herriot, Briand und Paul Boncour gebe ihm keinen Anlaß, an Frankreich zu zweifeln. Die französische Regierung sei entschlossen, jeden Garantievertragsvorschlag nur im Rahmen des Versailler Vertrags zu prüfen. Frankreich werde, davon sei er hinlänglich überzeugt, von Polen keinerlei Opfer verlangen, die dem Versailler Vertrag Abbruch tun würden. Immerhin sei die Situation sonst recht beunruhigend. „Wir sind keine Pronostateure“, sagte der Minister, „aber wir werden uns, auf die feierlich unterzeichneten Verträge gestützt, zur Wehr zu setzen wissen.“ Der Minister teilte seine Absicht mit, Ende der Woche nach Paris zurückzukehren, um mit Herriot erzielte Besprechungen abzuhalten.

Die Antwort des polnischen Ministerpräsidenten.

Warschau, 10. März. (Sejm. — Eigener Drahtbericht.) Auf eine Interpellation, welche Schritte die Regierung gegen einen deutschen Angriff auf die polnische Grenze in Gemeinschaft mit den Alliierten zu unternehmen gedente, antwortete Ministerpräsident Grabki, daß auf Grund authentischer Nachrichten die französische Regierung die deutsche Anregung nur in vollem Einvernehmen mit den Verbündeten in Erwägung ziehen werde. Ein solches Projekt wäre für Frankreich nur annehmbar, wenn es sich in den Rahmen des Versailler Vertrags einfüge. Außerdem bilde das Genfer Protokoll das Fundament der französischen Politik für die Behandlung der Sicherheitsfrage. Die polnische Regierung sei sich ihrer Verpflichtungen und ihrer Verantwortung vor dem Lande bewußt und rechne mit Sicherheit auf dessen Unterstützung. Polen wolle den Frieden, fordere aber die bedingungslose Durchführung des Versailler Vertrags.

Es handelt sich darum, daß Deutschland sich das Recht und die Möglichkeit vorbehalten will, eine Aenderung seiner Obergrenzen auf friedlichem Weg anzustreben, während Polen sich auch nur gegen jede Diskussion über seine Westgrenzen für immer gesichert sehen will. Englische Stimmen von Gewicht haben wiederholt die jetzige Regelung der deutsch-polnischen Grenzen als eine Gefahr für den Dauerfrieden bezeichnet und Polen geraten, in eine Diskussion einzutreten. Es bestehen jedoch keine Aussichten darauf, daß das geschieht.

Der Hund und der Bettler.

Von Anna Kubner-Schaab.

Sommer. Schloß am See — Fremdenpension. Große Table d'hôte — elegante, elegante Leute und Leuten, elegante, elegante Kellner. Man ist, man plaudert, man omissiert sich.

Auf der breiten, weißen Marmortreppe, die zum See führt, steht mit einmal ein zerlumpter alter Mann, neben ihm sitzt ein struppiger Hund; vielleicht schon eine ganze Weile, denn die Gruppe ist unbeweglich, wie zu einem Standbild erstarrt.

Es sifflert um den Tisch herum, um die lange, lange Tafel. Ein elegantes — elegante junges Mädchen springt auf, nimmt ihren Teller, auf dem noch ein Stückchen Braten liegt, geht um die Tafel, umgibt, wie der Kellner: nimmt mit der Gabel, ganz einfach, von jedem Teller ein Stückchen Braten — entzündend, diese spontane Handlung! — stellt den vollen Teller dem Hund hin.

Ein paar andere junge — elegante junge Mädchen machen es nach, stellen die vollen Teller dem struppigen Hund hin.

Die Letzte — da legt sich auf den sporigebraunten Arm eine gelbe, feuchte Hand: „Neh alles für'n Hund, auch was für mi!“

Eine drohende Blamage.

In Rom soll die Dritte Internationale Kunstausstellung in der zweiten Hälfte des März eröffnet werden. Wie die Ill. aus Rom zu melden weiß, sind diesmal rechtzeitig Vorkehrungen getroffen worden, daß die deutsche Abteilung nicht, wie 1923, als Sonderausstellung der Herren Cassirer, Liebermann und Genossen gestaltet wird, die keinen Ueberblick über die deutsche Kunst geben kann. Zum deutschen Komitee gehören Prof. v. Marr, für die Münchener Künstlergenossenschaft Prof. v. Habermann und Karl Hommel, für die Sezession der Oberkonservator Hans Stangel und Generaldirektor Zimmermann und der in Rom anlässige bekannte Radierer Lipinski. Zum ersten Male wird auch moderne Kirchenkunst durch eine Unterabteilung vertreten sein, die von der Gesellschaft für christliche Kunst zusammengestellt wird. Auf ausdrücklichen Wunsch der Ausstellungslitung schließt sich der Ausstellung Lebender deutscher Künstler eine retrospektive Abteilung an, in der besonders die Werke Franz v. Lenbachs vertreten sein werden, der in Italien die größte Wertschätzung genießt.

Wir sind keineswegs der Ansicht, daß Herr Cassirer der geeignete Vermittler zwischen der deutschen Kunst und dem internationalen Ausland ist, aber die Art, wie das Arrangement unserer Römischen Ausstellung zustande gekommen ist, fordert zum schärfsten Protest heraus. Wir erfahren darüber folgendes: Auf angeblichen Wunsch der italienischen Ausstellungslitung sollte die deutsche Abteilung vor allem süddeutsche Kunst zeigen. Der in Rom anlässige Radierer Lipinski ist daraufhin mit einigen römischen Künstlern nach Rom gehen gereist und hat hier alle Vorbereitungen selbstständig getroffen, ohne das deutsche Auswärtige Amt oder — was das richtigste gewesen wäre — den deutschen Reichskunstwart auch nur

zur Mitwirkung heranzuziehen. Die bayerische Regierung aber hat dieses standesmäßige Verfahren ruhig geschehen lassen, und so ist es gekommen, daß die sehr wichtige Veranstaltung in die Hände von künstlerisch reaktionären Beuten gelegt worden ist, die zur heute lebendigen deutschen Kunst keinerlei Zühlung haben. Mit dieser Kunst aber, und nicht mit der von gestern und vorgestern, könnten wir vor dem Ausland Ehre erlangen. Wenn die Mitteilungen der Telegraphen-Union der Wahrheit entsprechen, so ist mit Sicherheit auf eine katastrophale internationale Blamage der Deutschen Kunst in Rom zu rechnen.

Verschleppte Chor- und Tanzgirls.

Trotz aller Anstrengungen, die darauf abzielen, der Kulturschande des internationalen Mädchenhandels ein Ende zu machen, ist es noch immer nicht gelungen, die lüchlerigen Elemente mottuzufassen, die sich auf diesem verbrecherischen Gebiet betätigen. Neuerdings ist beobachtet worden, daß überaus viele von ihnen in der Maske von internationalen Variétéunternehmern mit eigenen Chor- und Tanzgruppen aufstreten.

Die bedauernswerten Mitglieder dieser Truppen, meist junge Mädchen im Alter von 18 bis 20 Jahren, scheuten den Verpfändungen der Schürken nur allzu gern Glauben; denn diese verfehlen es, den unerfahrenen Geschöpfen den scheinbar so mühelosen und fröhlichen Beruf eines Chor- und Tanzgirls in den leuchtenden Farben zu schildern. Schnell untergeben sie sich, meist noch auf eigene Kosten einer oberflächlichen Ausbildung, die natürlich weit davon entfernt ist, ernstlichen Ansprüchen zu genügen. Inzwischen werden die Ausreiseforderungen besorgt, und sobald diese vorhanden sind, beginnt das Manöver. Es geht gewöhnlich in der Weise vor sich, daß zunächst tatsächlich einige Gastspiele absolviert werden, um die Mädchen in Sicherheit zu bringen. In der Regel sind es Bühnen letzten Ranges in holländischen, französischen oder englischen Kleinstädten, an denen das „Ensemble“ anfängt. Nach einigen Wochen erfolgt dann die Ueberfahrt nach Rio de Janeiro oder Buenos Aires, und hier ist es, wo der Unternehmer sein wahres Gesicht zeigt. Die Mädchen werden voneinander getrennt und einzeln oder höchstens zu zweien in geeigneten Quartieren untergebracht, dann durch Hunger, Schläge und Kaufschillinge, namentlich Kokain, „erzogen“, bis der letzte Widerstand gebrochen ist und ihrer Ablieferung an die öffentlichen Häuser Südamerikas nichts mehr im Wege steht.

Die Gewerkschaft der englischen Artisten hat es sich angelegen sein lassen, die Praktiken, um die es sich hier handelt, einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen, die geeignet sind, den ganzen Artistenstand in schwerer Weise zu kompromittieren. Das Material, das hierbei zutage gefördert wurde, bildet jetzt die Grundlage einer Aktion, die darauf abzielt, die Ausreisegenehmigung für junge Artistinnen von einem Zeugnis der Berufsorganisationen über den Unternehmer, in dessen Diensten sie reisen wollen, abhängig zu machen. Es versteht sich von selbst, daß diese Maßnahme auf internationaler Grundlage durchgeführt werden müßte, um wirksam zu sein; denn auch der Mädchenhandel ist international und kann daher nur von der Gesamtheit aller Kulturstätten mit Aussicht auf Erfolg bekämpft werden.

Der Mann mit den Todesstrahlen ist da. Man erinnert sich sicher noch des famosen englischen Ingenieurs Rathem, der vor einigen Monaten die ganze Welt verdröhrt machte mit der Behauptung, er habe die einzig richtigen Todesstrahlen erfunden. Mit diesen geheimnisvollen Strahlen sollte man von irgendeinem beliebigen Punkte aus durch einen bloßen Druck auf einen Knopf oder so ganze Munitionslager, fahrende Schiffe, Luftkreuzer und ähnliches in die Luft sprengen können. Rathem wollte damals seine fürchterlichen Strahlen an England oder Frankreich verkaufen, aber beide lehnten schließlich ab, und gelehrte Herren, die die Sache unterforschten, erklärten den Erfinder für einen Schwindler. Das fränkte ihn so tief, daß er für längere Zeit von der Bildfläche verschwand. Jetzt ist er plötzlich in London wieder aufgetaucht, strahlend vor Glück und mit Dollar prunkend. Er behauptet, daß ihm die Amerikaner die Todesstrahlen abgekauft hätten, und daß er demnächst dem unbankbaren englischen Vaterlande den Rücken kehren und für immer zu den Yankee überfließen werde. Die Welt wird also wahrscheinlich von Amerika aus koputt geschossen werden.

Dezentralisierung von Paris. Ein Gesetzentwurf, der Paris in fünf Einzelgemeinden zerlegen will, liegt gegenwärtig dem französischen Parlament vor. Es wird behauptet, daß die riesige Einheitsgemeinde, die fast vier Millionen Einwohner zählt, eine Gefahr für jede Regierung bilde. Vier Millionen Menschen, die kommunalpolitisch zueinander gehörten, könnten von einer millionstarken Stadtverordnetenmehrheit zu schärfster Opposition gegen die staatlichen Gewalt fortgerissen werden. Aus diesen und noch einigen andern Gründen möchte man das jetzige Seine-Departement, das Paris und seine Umgebung umfaßt, in fünf Gemeinden teilen; die Namen würden lauten: Paris-Mitte, Paris-West, Paris-Nord, Paris-Ost, Paris-Süd. In jeder dieser fünf Stadtteile sollen die angrenzenden Vororte eingemeindet werden, und jeder Teil soll seine besondere Verwaltung bekommen. Dagegen sollen Polizei und Generalrat des Seine-Departements auch fürderhin Sache des Staates bleiben. Diese städtische Organisation, die in andern französischen Großstädten, so in Lyon und Marseille, bereits durchgeführt ist, wäre ähnlich der von London und Paris.

Vollsbühne. Wegen plötzlicher Erkrankung von Frau Gerba Müller mußte die für heute angelegte Premiere „Regel am Horizont“ am Sonnabend, den 14., verschoben werden. Die Rollen vom 10. behalten Gültigkeit.

Generalmusikdirektor Geis Kleiber wird im XV. Konzert der Solisbühne, Sonntag, den 15., mittags 1/2 12 Uhr, im Theater am Säulenplatz, Franz Schuberts VIII. Symphonie II-moll (unvollendet) und Brahms III. Symphonie F-dur zur Aufführung bringen.

Georg Brandes, der bekannte dänische Schriftsteller, wird am 25. März im großen Saal der Philharmonie über „Das heutige Europa“ sprechen.

Ueber „Der See als Lebensinhalt“ spricht Prof. Dr. Thienemann, Leiter der Hydrobiologischen Anstalt der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, am 11., abends 8 1/2 Uhr, im Festsaal der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Schloß (Eingang gegenüber der Breiten Straße). Karten sind in beschränkter Umlage in der Geschäftsstelle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Schloß erhältlich.

Die St. Pauls-Kathedrale in London ist wegen Einsturzes für die Öffentlichkeit geschlossen worden.

Der Kampf um den Finanzausgleich. Proteste von allen Seiten.

Man begreift, weswegen der Finanzminister von Schlieben den Reichstag so gern nach Hause schicken möchte. Mit dem § 48 ist das Regieren nicht so einfach. Ermächtigungsgesetze wird eine Regierung nicht bekommen, die sich als ausgeprägte Kampfrégierung gegen die Arbeiterschaft gebildet hat, die nach den Worten Hergts ein Etappe auf dem Wege zum deutschnationalen Ziel darstellen soll. Die Steuerpläne dieser Regierung sind aber so ungeuerlich, daß sie an allen Ecken und Enden Angriffspunkte bieten. Der Zusammenstoß der Meinungen um diese Gesetze ist deshalb auch stärker als die Basis, auf der die Luther-Regierung aufgebaut ist. Daher die Sehnsucht nach Vertagung des Reichstages.

Heute verhandelt der Reichsrat über den Finanzausgleich. Im Reichsrat wird v. Schlieben den schärfsten Angriffen ausgesetzt sein. Nicht nur Bayern, das föderalistisch-separatistische Ziele verfolgt, attackiert den Ausgleichsplan. Auch die Länder, denen bayerische Absichten nicht unterstellt werden können, machen mit Recht schwere Bedenken gegen den neuen Gesetzesentwurf geltend. Die ganze Verlegenheit der deutschnationalen Regierung kommt darin zum Ausdruck, daß sie deshalb im Wege des Rotverfahrens eine Verlängerung des jetzigen Finanzausgleichs provisorisch für zwei Monate beschließen lassen will, um Zeit für die endgültige Regelung zu gewinnen. Dadurch würden natürlich Länder und Gemeinden in die Unmöglichkeit versetzt, ihre Etats rechtzeitig abzuschließen. Wichtigere noch sind die materiellen Bedenken, die z. B. von Preußen gegen die neue Steuerverteilung vorgebracht werden. In einem offiziellen Artikel des preußischen Finanzministeriums heißt es:

„Die Länder sind aber der Ansicht, daß sie und ihre Gemeinden mit den bisherigen Beteiligungen nicht auskommen können, daß ihr Bedarf von der Reichsregierung überschätzt und die Einnahmemöglichkeiten, insbesondere aus der Gewerbesteuer und der Hauszinssteuer, immer noch stark überschätzt sind. Sie halten auch die weit verbreitete Anschauung, daß die Gemeinden im Ueberfluß lebten, zum mindesten in dieser Allgemeinheit für unrichtig. Der günstige Lage einzelner, namentlich großer Städte, steht die große Zahl von namentlich stark industriellen Gemeinden und von Kantnerstädten gegenüber, die mit den allergrößten finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Für Preußen liegt der Grund für diese starken Unterschiede in den bisherigen unzulänglichen Verteilungsschlüsseln. Wenn diese Verteilungsschlüssel auf eine bessere und gerechtere Grundlage gestellt werden, so wird der Aktivasaldo in einer sehr großen Anzahl notleidender Gemeinden mehr als aufgehoben werden. Das Reich ist aber, wenigstens für das Jahr 1925, durchaus in der Lage, den Ländern mehr entgegenzukommen. Die hohen Steuererlöse des Jahres 1924 — eine Folge starker Steuerüberspannung — sind gewiß zum Teil den Ländern zugute gekommen und haben es den Ländern überhaupt erst möglich gemacht, durchzukommen. Aber auch die dem Reich allein verbleibenden Steuern haben die Baranschläge überstiegen und dadurch dem Reiche die Mittel zu gewiß notwendigen außerplanmäßigen Ausgaben (siehe Ruhrmillionen) gegeben. Es ist nun zu beachten, daß durch die Steuerpläne des Reiches die Steuern, an denen die Länder und Gemeinden teilnehmen, mit Rücksicht auf die Steueranpannung herabgesetzt, die Steuern, die dem Reiche verbleiben — vor allem die indirekten Steuern — erhöht werden sollen. Bei solcher Regelung ist es für die Länder und Gemeinden unerträglich, wenn außerdem noch ihre Anteile an den Ueberweisungssteuern herabgesetzt werden sollen. Dies würde eine für die Wirtschaft gefährliche Ueberspannung der Realsteuern in Ländern und Gemeinden zur Folge haben.“

In diesen Einwendungen des preußischen Finanzministeriums ist der unsoziale Charakter der Schliebenschen Steuerentwürfe genügend gekennzeichnet. Abbau der Besitzsteuern, Ausbau der Konsumsteuern und Einschränkung der Lebensmöglichkeiten für die Gemeinden, diese unangenehmen Zellen des gemeinwirtschaftlichen Gedankens, das ist das A und O der deutschnationalen Steuerpolitik. Es wird sich bald zeigen, ob die parlamentarische Basis der Luther-Regierung stark genug ist, auch die Belastung auszuhalten, die aus diesem Steuerprogramm sich für sie ergeben muß.

Adenauer gegen den Finanzausgleich.

Köln, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Kölner Stadtverordnetenversammlung trat am Montag in die Etatberatung für 1925/26 ein. Die erste Lesung des Haushaltsplanes wurde mit einer bemerkenswerten Rede des Kölner Oberbürgermeisters Dr. Adenauer, der bekanntlich auch Vorsitzender des preußischen Staatrates ist, eingeleitet. Mit großer Schärfe wendete sich Adenauer gegen die Finanzpolitik der Länder und des Reiches, die den Protest der Kommunen geradezu herausfordert. So sollen bis jetzt von der Reichsregierung zur Frage des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden und zur Frage der Ausgestaltung der Reichsteuer Gesetze vorgelegt worden sein, die die schärfste Kritik der Gemeinden herausfordern, weil diese Gesetze den Geist der Städtefeindschaft atmen und eine vollkommene Verkennung der Aufgaben der Gemeinden erkennen lassen. Als Charakteristikum für die Einstellung des Reiches gegenüber den Gemeinden wies Oberbürgermeister Adenauer darauf hin, daß die Reichsbetriebe, die früher den Kommunen erhebliche Steuereinnahmen brachten, der Besteuerung durch die Gemeinden entzogen werden, während umgekehrt die Gemeinden zukünftig Körperschafts-, Vermögens- und Umsatzsteuern zahlen müssen. Das Reich verlangt für seine Brunnweine Steuerfreiheit, will aber das Trinkwasser der Gemeinden besteuern. Würden die vorliegenden Gesetzesentwürfe Annahme finden, dann werde sich wiederholen, was sich schon einmal gezeigt habe, die Gemeinden würden finanziell zusammenbrechen.

Ebert-Ehrung.

Köln, 10. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Kölner Stadtverordnetenversammlung stimmte am Montag abend gegen die Kommunisten einen sozialdemokratischen Antrag zu, der fordert, daß eine Straße oder ein Platz nach dem verstorbenen Reichspräsidenten benannt werde.

Deutschlands neuer Botschafter in Nordamerika, Frhr. von Raab, erklärte bei seiner Ankunft in New York, es sei seine vornehmste Pflicht dazu beizutragen, die reibungslose Ausführung des Dawes-Planes zu sichern. Die Ankunft gab Anlaß zu einer großen deutsch-amerikanischen Kundgebung.

Fürst Ewoff gestorben. In Paris ist Fürst Georg Ewoff, der erste Ministerpräsident der russischen demokratischen Republik vom März 1917, am Herzschlag gestorben.

Schwarze Tage.

Für deutschnationalen Wähler.

Seitdem die Deutschnationalen an der Regierung sind, gehen Zeichen und Wunder. Nicht ein einziger Punkt ihres so schön klingenden Programms wird von ihnen in die Tat umgesetzt. Nicht mit Unrecht nennt sich Rehbild Wulle über die Entwicklung zu „nationaler Würdelosigkeit“, die er bei den Deutschnationalen, seinen Freunden zur Linken, beobachtet hat. Sie haben nicht nur dem „Landesverräter“ Ebert die Ehren erwiesen, sie sind auch bereit, Deutschlands Zukunft zu verkaufen, nur um an der Macht zu bleiben.

So unverständlich das Verhalten der deutschnationalen Minister und Führer, die an diesen Feiertagen für Ebert teilgenommen haben, erscheint, ebenso unverständlich ist ihr Verhalten in der Frage der großen Politik. Die Presse hat mitleidig, daß Deutschland der Entente einen Sicherungsvorschlag gemacht habe, dessen letzte Einzelheiten noch nicht bekannt sind. Dieser Sicherungsvorschlag ist bereits Anfang Januar der englischen Regierung unterbreitet worden, die französische Presse berichtete darüber, die deutsche Presse erfährt nichts. Der Hauptinhalt läßt sich folgendermaßen wiedergeben:

Deutschland garantiert Frankreich und Belgien, wie es heißt, für 99 Jahre, den Bestand der Westgrenze, die alliierten Mächte tun Deutschland gegenüber das gleiche. Deutschland sagt zu, in der Frage der Ostgrenze nichts zu unternehmen, sondern sich einem internationalen Schiedsgericht zu unterwerfen, selbstverständlich also dem Völkerbund. Wenn die Regierung Wirth oder Marx das unternehmen hätte, so hätten wir das verstanden, von einem Kabinett mit deutschnationalem Einschlag aber ist dieser Schritt einfach unbegreiflich. Der Sicherungsvorschlag bedeutet nichts anderes als die Preisgabe von Eupen und Malmédy, sowie Elsass-Lothringens, er bedeutet in der Praxis auch die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes im Osten, denn das Schiedsgericht des Völkerbundes, das sich ja bereits so herrlich in der Frage Oberschlesiens, des Remellandes und der Weichselbücher bewährt hat, wird selbstverständlich im Sinne Polens und der Tschechoslowakei entscheiden. Wer etwas anderes glaubt, soll nicht von sich behaupten, daß er Politiker sei. Das alles ist die Politik einer sogenannten Rechtsregierung, die die beste Kritik in dem Lob gefunden hat, das ihr deswegen der „Vorwärts“ so reichlich spendet.

Herr Wulle wird noch häufiger an seinen deutschnationalen Freunden Schmerzen erleben. Nur der geringsten Bedeutungslosigkeit der völkischen Gruppe ist es wohl zuzuschreiben, wenn die „nationale Würdelosigkeit“ der Rechtsregierung die Völkischen in keiner Weise hindert, sich als zuverlässigste Hilfsgruppe dieser Erfüllungsregierung zu etablieren. Für die Herren Reichstagsabgeordneten ist es eben sehr wichtig, sich die Nähe warm zu halten. Anders dürfte es um die Wähler bestellt sein. Die werden bald genug merken, daß nicht nur die „nationalen Belange“, von den Deutschnationalen meistbietend an die Entente verkauft werden, als ob sie in einer Erfüllungsregierung lägen, sondern daß auch andere Belange, deren Wahrung man im Wahlkampf so eifrig versprochen hat, jetzt glatt preisgegeben werden. Wie steht es z. B. mit der Aufwertung, Herr Wulle? Wie gefallen Ihnen da Ihre Freunde? Oder wie gefällt Ihnen das deutschnationalen Steuerprogramm? Herr Hergt hat schon Recht, wenn er seinen Freunden gesteht, daß noch manche Enttäuschung die Folge der nationalen Regierungsbeteiligung sein wird.

Verewigung des Beamtenabbaus.

Die deutschnationalen Regierungsberatungen.

Wie die „Voll. Zig.“ mitteilt, hat der Reichsfinanzminister dem Reichstag den Gesetzentwurf über Änderung der Personalabbauperordnung zutun lassen. Der Plan der Regierung bedeutet eine schwere Enttäuschung aller an ihn geknüpften Hoffnungen. Er sieht nichts Geringeres vor als eine Verewigung des Beamtenabbaus zunächst bis zum 31. März 1926, aber mit der Maßgabe, daß der Zeitpunkt durch Gesetz hinausgeschoben werden kann. Die Widerungen sind geringfügiger Natur; wesentlich ist, daß die Abbauperordnungen im einzelnen gesetzlich bestimmt werden müssen.

Der rigorose Gesetzentwurf ist bereits im Reichsrat und im Haushaltsausschuß des Reichstages auf heftige Opposition gestoßen. Vor allem haben sich die Vertreter der Demokraten und der Sozialdemokraten aufs entschiedenste dagegen gemandt. Anders die Regierungsparteien, die sich unter Anerkennung der Fortdauer des Abbaus auf folgendes Kompromiß mit der Regierung geeinigt haben:

1. Der allgemeine Personalabbau wird in sämtlichen Reichsverwaltungen eingestellt. Die Art. 3, 4 und 15 § 1 der Personalabbau-Verordnung dürfen, unbeschadet der Vorschrift des Abs. 3 und 4, nicht mehr angewendet werden. (Siehe aber die Bestimmungen zu 2 und 3.)

2. Soweit in einzelnen Verwaltungen oder Verwaltungszweigen, in denen der allgemeine Personalabbau wegen der zu bewältigenden laufenden Aufgaben noch nicht abgeschlossen werden konnte, wegen der in absehbarer Zeit eintretenden erheblichen Verminderung der Aufgaben eine weitere Verringerung des Personalstandes erforderlich wird, ist diese in erster Reihe durch Nichtbelegung freierwerdender Stellen zu bewirken.

3. Läßt sich die im Rahmen des sachlichen Bedürfnisses liegende Personalverminderung auf Grund der Vorschrift des Abs. 2 und durch Ueberführung von Beamten in andere Reichsbehörden nicht erreichen, so kann ein weiterer Personalabbau in denjenigen Verwaltungen oder Verwaltungszweigen eintreten, deren Aufgaben von vornherein „künftig wegfallend“ waren oder bei denen infolge organisatorischer Rearrangements eine größere Anzahl beamteter Kräfte entbehrlich wird; zur Durchführung dieses weiteren Personalabbaues bleibt auch für die Zeit nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes die Anwendung der Art. 3, 4 und 15 § 1 der Personalabbauperordnung nur zulässig, soweit diese Verwaltungen oder Verwaltungszweige durch ein besonderes, bis zum 31. März 1926 zu erlassendes Gesetz zu Abbauperordnungen erklärt werden.

4. Abs. 1 bis 3 gelten auch für die Reichsstadt mit der Maßgabe, daß bei dieser an die Stelle des im Abs. 3 vorgesehenen besonderen Gesetzes ein Beschluß des Reichslandtags tritt.

Diese „Leistung“ der deutschnationalen Regierung fügt sich würdig in die Reihe ihrer bisherigen Maßnahmen ein. Bereits hat der Abbau-Schlieben eine Verlängerung der Reförderungssperre bis zum 31. März 1926 angeordnet. Weiter weiß man, daß Herr v. Schlieben sich gegen die Aufhebung des Besoldungssperregesetzes energisch sträubt. Die Aufwertung bezeichnet er als ein „politisches Verhängnis“ und die Deutschnationalen, die in der Wahlbewegung das Blaue vom Himmel heruntergelogen und versprochen haben, sehen selbstverständlich in diesem Verhalten die Erfüllung aller ihrer wahren Träume. Nur wird diese Erfüllung ihnen noch einmal sehr teuer zu stehen kommen.

Saarländische Sozialdemokraten beim Völkerbund. Außer Kommerzienrat Köhling und Rechtsanwalt Venzler sind als Vertreter des Saargebietes in Genf diesmal auch zwei sozialdemokratische Vertreter angekommen.

KleinStadt in Berlin.

Man findet KleinStadt in Berlin, wenn man die Straßen entlang geht ohne Ziel, nichts denkt, nichts will. Eingebettet in das disharmonische Gupen der Autos, das grolle Läuten der Straßenbahn, den Lärm der Straße, liegt ein Stück davon, anheimelnd und doch zugleich traurig. — Jemandem Schaufenster, das in klüßigen Plakaten mit unbeholfener Schrift in unsere laute Zeit hineintragen will und es doch nicht kann. Wie ein Schrei nach Rettung sind diese Schilder, der Ruf mit schon gebrochener Stimme. Und die Menschen, die vorüberhaften, sehen darauf, mit Blicken, als streifen sie die Karikaturen vergangener Zeiten. Ueberall trifft man diese Läden, in allen Teilen der Großstadt. Ich stand wieder vor einem solchen Laden, in einer Straße, in der das Leben schneller als sonst jagte. Es war ein armes Schaufenster, arm, weil es so vielseitig war. — Photographien, Wäsche, daneben hauswirtschaftliche Geräte, ein Schild mit zitternden Buchstaben, die mehr sagten als sie schrieben. Die Glode lang blicke, als ich öffnete.

Eine alte Frau fragt nach meinen Wünschen. — Wünsche ich etwas? Soll ich sagen, daß ich die vergangene Zeit bei ihr suche? Eine Nadel, mit bunten Steinen, wie man sie früher trug. Sie wickelt sie unständig ein. — „Wenn Sie einmal Wäsche auszubessern haben, ich mache es billig, auch Handarbeiten.“ Sie holt ein Kissen, an dem sie arbeitet. „Und wenn Sie keine Reparaturen haben, mein Mann ist alt, er kann nicht mehr viel arbeiten, aber er bastelt gern.“

Dann holt sie ein Album mit schlechten Photographien. Sie blättert mit zitternden Händen. „Ich habe es erst noch spät gelernt. Manchmal kommt auch ein Kuitrag ein.“ — „Und das Geschäft sonst?“ — Sie sah mich ergeben an. — „Es geht schlecht — aber man kann ja nie wissen. Vielleicht kommt es auch noch besser.“ — Warum gab ich ihr die Hand, als ich ging?

Schon wieder ein Firmenzusammenbruch.

Schiebungen mit gegenseitigen Referenzen.

Der sächsisch-Kommerzienrat Hans Gutkowski, ein Junggeheile, der am Hohenzollerndamm 193/194 wohnt und Hauptinhaber von fünf Berliner Firmen ist, ist seit Dienstag voriger Woche un auffindbar. Er soll angeblich eine Schuldenlast von 800 000 M. hinterlassen haben. Zugleich ist auch der Ingenieur Jurtschewitsch verschwunden.

Gutkowski, der seit 1919 Kommerzienrat war, war Hauptinhaber der Gustav Kahlender u. Co. A.-G., der Gustav Kahlender u. Co. offene Handelsgesellschaft und der Firma Wendi u. Co., die alle drei Geschäftsräume unter den Linden 50/51 haben, ferner zweier Tochtergesellschaften, der Walco G. m. b. H. und der Ballonpet, die früher in der Wilhelmstraße ihren Sitz hatten und dann ebenfalls nach den Linden verlegt wurden. Diese Firmen handelten mit Waren aller Art, Trikotsagen und Wollwaren, Emaille- und Aluminiumsachen usw., kauften meistens gegen Schecks ein und erhielten auch größere Kredite. Die so erworbenen Waren veräußerten sie zum größten Teil nach England weiter. Die Firmen gaben sich gegenseitig gute Referenzen, brachen aber eine nach der anderen zusammen. Schließlich blieb nur noch „Wendi u. Co.“ übrig, und dieses Geschäft wollte der Kommerzienrat an einen Ingenieur Jurtschewitsch aus der Radolfstraße 19 verkaufen. Die vielen Gläubiger, die Gutkowski nicht befriedigen konnte, vertrießte er zuletzt mit der Aussicht auf ein großes Geschäft in Konstantinopel. Er sagte ihnen, daß er dorthin eine Sendung von Funtparapaten im Werte von 24 000 engl. Pfund unterwegs habe. Natürlich wurde aus dieser Sache auch nichts. Nachdem so auch die letzte Aussicht geschwunden war, drängten die Gläubiger, von denen einer allein 95 000 Mark zu fordern hat, noch mehr und einige wandten sich auch an die Staatsanwaltschaft, weil sie sich für betrogen halten. Nun beschloß sich die Kriminalpolizei mit der Aufklärung der Angelegenheit.

Modeschmerzen.

Vorfrühlingsstage haben wir in diesem Jahre sehr frühzeitig kosten können. Aber dann kam noch einmal Kälte, und jetzt ist erneut reichlich Schnee gefallen. Schadet nichts! Die allgemaltige Herrscherin Mode dekretiert heute bereits, was im Sommer getragen werden soll. Gestern sah in der ersten Etage bei E. Adam, Friedrich-Ede Leipziger Straße, eine große Anzahl sehr elegant gekleideter Frauen. Sie ließen sich von Mannequins, die zierlich über die kostbaren Teppiche trippelten, die neuesten Schöpfungen der Mode vorführen: Kleider, Kostüme, Mäntel, Hüte und Schirme. Man erblickte Kostüme mit eigenartig eingedruckten oder wohl auch aufgefärbten Bildern und Bildchen, man sah Kleider und Kostüme aus allen, vornehmlich aber aus helleuchtenden Stoffen mit auffallendem Futter. Sehr häufig kehrte bei diesen Kostümen ein sehr breites ledernes Tuch wieder, das um den Hals geschlungen und elegant verknüpft wird. Es ist so etwas wie eine Wiederkehr der Apasentlicher, nur daß sie heute in den Farben noch dunkler und greller sind. Sehr eigenartig waren eine Anzahl der vorgeführten Mäntel. Auf den ersten Blick schaute es so aus, als ob diese merkwürdigen Dinger das übriqens fast immer helleuchtende Futter nicht hinten im Rücken und an den Seiten hätten, sondern vorn herunter. Aber das war eine Täuschung. Was man als Ungeübter und nicht Sachverständiger für Futter hielt, bedeutete das Kleid. Diese Mäntel sind nämlich Mantel und Kleid in eins gearbeitet. Die Hüte sind meist klein und aus buntem geflochtenen Stroh. Sie werden nach wie vor tief in das Gesicht gezogen, so daß von Stirn und Augen kaum etwas zu sehen ist. Ein Kapitel für sich bildeten die Abendmäntel, die vorgeführt wurden. Man muß wohl annehmen, daß der diesjährige Sommer sehr kühl sein wird, denn es wurden sehr viele Pelze aus Fuchs, Breitschwanz und Hermelin gezeigt. Und die Preise? Mein Gott, was kümmert das die Mode und die elegante Dame! Man kann schon für 300 Mark ein Kostüm erstehen; es gibt natürlich auch „bessere“ und teurere für 400, 600 und 800 Mark. Und was die Pelze kosten? Darüber wollen wir an dieser Stelle lieber schweigen.

Die höhere Waldschule der Stadt Charlottenburg, im Grunewald an der Heerstraße gelegen, nimmt zu Ostern noch Knaben und Mädchen für die Klassen Sexta bis Untertertia auf. Die Kinder bleiben (außer Sonnabends) bis 1/2 Uhr abends im Walde und erhalten die Mähzeiten Anmeldungen und Anfragen sich zu richten an Studienrat Krause, höhere Waldschule Charlottenburg, Post Grunewald, Telefon Wilhelm 9455, (später Westend 3455).

„Lebende Puppen“ im Osten Berlins. Das allgemein beliebte Dresdenr Künstler-Nationalitäten-Theater hat jetzt sein Domizil im Berliner Osten aufgeschlagen. Während finden in der Schulstraße 31, nachm. 5 Uhr, Märdchenparaden für die Kinder des Bezirks hat. Der Eintritt beträgt nur 25 Pf. für heute, Dienstag, abends 1/2 Uhr, ist für Jugendliche und Erwachsene eine W-Abteilung des U.-Pauk festgesetzt, deren Besuch außerordentlich empfehlenswert sein dürfte. Der Preis für Erwachsene beträgt 50 Pf., für Kinder 30 Pf.

Dreizehn Tote beim Reinsdorfer Unglück. Noch amtlicher Feststellung sind bei dem Explosionsunglück in Reinsdorf dreizehn Personen umgekommen. Von einem Vermissten wird als zweifellos angenommen, daß er ebenfalls den Tod dabei gefunden hat. Am Sonntag nachmittag werden die aus der näheren Umgebung Stammenden in ihren Heimatorten beerdigt. Am Montag nachmittag fand die Beerdigung der in der weiteren Umgebung Wohnhaften statt. Die gesamte Arbeiterschaft der Reinsdorfer Sprengstoffwerke ließ am Montag die Arbeit ruhen.

